

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/216

10. November 1976

Der Präsident, der sein Gesicht verlor

Ärzttekammer-Baß Prof. Sewering soll zurücktreten

Von Max Ameling MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit im Bundestag

Seite 1 und 2 / 64 Zeilen

Macht die Schule wirklich krank ?

Der Engpass nach dem Abschluß verursacht den Leistungsdruck

Von Jürgen Girgensohn MdL

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Deutschland und seine Armee"

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Neue Rufnummer :

219038/39

Chefredakteur: Dr. Einar Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38-39
Telex: DB 88 948-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Der Präsident, der sein Gesicht verlor

Ärztakammer-BaB Prof. Sewering soll zurücktreten

Von Max Amling MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit im Bundestag

Professor Dr. Hans-Joachim Sewering hat sein Gesicht verloren. Der Präsident der Bundesärztekammer, der bayerischen Landesärztekammer, der Kassennärztlichen Vereinigung Bayerns, Schatzmeister des Weltärztebundes und Honorarprofessor an der Münchner Universität muß laut Beschluß des Beschwerdeausschusses der Bezirksstelle Oberbayern der Kassennärztlichen Vereinigung für die ersten zwei Quartale 1975 insgesamt 100.000 DM an die gesetzlichen Krankenkassen zurückzahlen.

Im Augenblick ist aber auch die Kassennärztliche Vereinigung Bayerns vehement dabei, ebenfalls ihr Gesicht zu verlieren. Denn ihr Vorstand gab ihrem Präsidenten Schützenhilfe und bezeichnete in einer Erklärung die Rückforderung als einen "absolut normalen Vorgang, den Tausende von Kassenärzten jedes Vierteljahr erlebten." So absolut normal kann dieser Vorgang jedoch nicht sein, denn nach Auskunft der Kassen ist diese Rückforderung die höchste, die je ein Arzt in Bayern zahlen mußte. Die Kassennärztliche Vereinigung Bayerns servierte aber noch stärkeren Tobak. Die Aufforderung des Vorsitzenden der SPD-Landesgruppe Bayern im Bundestag, Dr. Alfons Bayerl MdB, an Sewering, angesichts des Skandals unverzüglich seine Ämter zur Verfügung zu stellen, um Verhandlungen über die Neuordnung der ärztlichen Gebühren zu erleichtern, meinte der Vorstand als "Musterbeispiel einer gezielten Diffamierung Sewerings im Hinblick auf seine Ehrenämter innerhalb der deutschen und der bayerischen Ärzteschaft" beantworten zu müssen. Der Fraktionsvorsitzende der bayerischen SPD, Dr. Helmut Rothmund, gab dazu die richtige Antwort: "Politische Skandale begeht nicht der, der sie anprengert, sondern der sie verursacht hat."

Wenn jetzt die Kassennärztliche Vereinigung die Rückforderung als "absolut normal" bezeichnet, so liefert sie das stichhaltigste Argument für die Notwendigkeit einer umfassenden Änderung der Gebührenordnung. Wenn Mißbrauch

und total überzogene Forderungen normal sind, so ist diese Gebührenordnung den Versicherten nicht mehr länger zuzumuten.

Vor allem das Modellvorhaben "Aufbau einer Datenbank aus Leistungsablägen der Einrichtungen der medizinischen Versorgung" des Landesverbandes der Ortskrankenkassen in Bayern ist jetzt unter einem besonderen Licht zu sehen, auch und vor allem im Zusammenhang mit dem Präsidenten Sewering. Weil durch die Indiskretion eines Einzelnen Detailskenntnisse über die Krankengeschichten von Versicherten an die Öffentlichkeit gelangten, wurde im September mit Hilfe der Springer-Presse eine heftige Diffamierungskampagne gegen das Modellvorhaben gestartet. An vorderster Front kämpfte damals dieser Präsident Sewering: "Das sind erste und gravierende Schritte auf einem Weg, an dessen Ende der total entblößte Bürger steht, durchnumeriert und mit seinen Intimdaten lebenslänglich gespeichert." Die Datenerfassung war für ihn "bestürzend". Wirklich bestürzend war, daß der Präsident damals mit keinem Wort darauf einging, daß der AOK Landesverband Bayern gerade der Verschlüsselung der Daten größte Anstrengungen gewidmet hatte, um Mißbrauch zu verhindern.

Nach dem jüngsten Skandal um Sewering muß ihm unterstellt werden, daß er im eigenen materiellen Interesse gegen das Modellvorhaben angehetzt ist. Ausweislich der Projektbeschreibung soll mit der Datenerfassung ein bedeutsamer Schritt getan werden, um neue Grundlagen für die Analyse der Kosten- und Leistungsstruktur des Gesundheitssystems in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Beispielsweise sollen Fragen geklärt werden, wieviele Stunden ein Arzt am Tag arbeiten muß, um die von ihm angerechneten Leistungen zu erbringen, und ob von Ärzten grundsätzlich Arzneien bereits am ersten Behandlungstag verordnet werden, obwohl die Ergebnisse evtl. durchgeführter Laboruntersuchungen noch nicht vorliegen usw. Im Klartext: Der Gesundheitsbereich soll durchschaubar gemacht und von bestehendem Dunkel befreit werden, um die Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen. Präsident Sewering war mit seinen damaligen Äußerungen hierbei gewiß nicht hilfreich gewesen.

Hier mitzuhelfen, muß aber im Interesse aller Ärzte liegen. Ihre Ständesorganisationen müssen sich von schwarzen Schafen distanzieren, die dem Ansehen der gesamten Ärzteschaft schaden. Die Kassenzärztliche Vereinigung Bayerns muß hier noch Lernfähigkeit beweisen. Ein Rücktritt Sewerings könnte ihr dabei sehr hilfreich sein, denn er hat seine Glaubwürdigkeit verloren.

(~/10.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Macht die Schule wirklich krank?

Der Engpass nach dem Abschluß verursacht den Leistungsdruck

Von Jürgen Girgensohn MdL

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Kultusminister sozialliberaler Regierungen hatten noch vor wenigen Jahren oft genug Gelegenheit, den Vorwurf zurückzuweisen und zu entkräften, daß in ihrer Schule nichts mehr verlangt werde, alles zu lax und zu wenig leistungsorientiert zugehe und jedem das Abitur "nachgeworfen" werde. Offenbar im Vertrauen darauf, daß das Gedächtnis der Öffentlichkeit kurz ist, wird uns jetzt der entgegengesetzte Vorwurf aufgetischt: Der Leistungsdruck sei zu stark, die Schüler würden überfordert, und die Schule mache die Kinder krank. Damals wie heute bemüht sich die CDU, durch die öffentliche Diskussion über Leistungsanforderungen und Leistungsdruck Wasser auf die eigenen schulpolitischen Mühlen zu leiten. Was ist von der Debatte über den Stress in der Schule zu halten?

Es ist wichtig, zunächst einmal die skrupellosen Übertreibungen dieser Debatte mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Die Berichte sind zum Teil haarstrebend. Da gibt es Schlagzeilen wie "Mathematikarbeit verheuen - Primaner vergiftet sich", "Sitzengeblieben - 14-jähriger Realachüler beging Selbstmord". Oder da heißt es in der bekannten Art eines Massenblattes: "Achtung, Schule, Lebensgefahr!".

Diese maßlose Übertreibung, die nicht davor zurückschreckt, in bedenkenloser Weise das Schicksal junger Menschen, die sich das Leben nehmen, für die schulpolitische Agitation einzusetzen, nenne ich Greuel-Propaganda gegen die Schule. Diese Propaganda schafft womöglich erst jene Atmosphäre des Argwohns, der Distanzierung und des Vertrauensverlustes, unter der dann Eltern und Lehrer leiden und Schüler tatsächlich krank werden.

Es ist weiterhin wichtig, deutlich zu machen, was an der Stress-Debatte parteipolitisch motiviert ist. Ein nordrhein-westfälischer

CDU-Landtagsabgeordneter hat noch vor kurzem behauptet, daß es Leistungsdruck gebe, weil Kinder und Jugendliche zu "Versuchskaninchen diffuser Weltverbesserungspläne geworden seien. Ein Antrag seiner Fraktion macht eine "Bildungspolitik wirklichkeitsfremder Zielsetzung" verantwortlich. In Wahlkampfanzeigen ging der CDU-Vorsitzende Dr. Kohl noch einen Schritt weiter, als er behauptete, daß die "sozialistische Einheitschule" am Leistungsdruck schuld sei. Falls er damit die Gesamtschule meinte, sollte er endlich zur Kenntnis nehmen, daß allen vorliegenden Ergebnissen zufolge Schulangst und Leistungsdruck in der Gesamtschule geringer sind als im herkömmlichen Schulwesen.

Die Beispiele machen deutlich, daß die CDU die Hitze der öffentlichen Stress-Diskussion nutzt, um darauf eine antireformistische Söppchen zu kochen. Sozialdemokraten werden diese Suppe versalzen. Wenn man einmal das wegstreicht, was publizistische Übertreibung und was parteipolitischer Mißbrauch ist, dann bleibt die Tatsache, daß viele unserer Schüler heute ein Maß an Belastung auszuhalten haben, das früher unbekannt war. Dies wird sich nur ändern, wenn man bereit ist, die eigentlichen Ursachen zu beseitigen. Die Hauptursache für den Leistungsdruck in der Schule liegt ganz eindeutig in dem gegenwärtigen Engpass nach der Schule.

Solange sich viele Bewerber um einen einzigen Ausbildungs-, Arbeits- oder Studienplatz bemühen, werden sich Konkurrenzgedanken und Stress nicht aus der Schule heraushalten lassen. Wer als Arbeitgeber die freie Wahl hat, sucht sich selbstverständlich den Bewerber mit den besten Zeugnissen. Dadurch erhält nicht nur der Schulabschluß, sondern jede einzelne Zeugnisnote ein unangemessen großes Gewicht. Hier liegt der Kern des Problems. Nicht durch eine Diffamierung der Reformpolitik können wir übermäßigen Leistungsdruck abbauen, auch nicht dadurch, daß wir zusätzliche Kommissionen einrichten, sondern dadurch, daß wir handeln. Es gilt Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze in ausreichender Zahl bereitzustellen für die geburtenstarken Jahrgänge der kommenden Jahre. (-/10.11.1976/mie/ee/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Deutschland und seine Armee"

Vollständige Dokumentation des Leitartikels der Pariser Tageszeitung "Le Monde" vom 3. November 1976

"Die sofortige Abberufung von zwei deutschen Generälen ist die schärfste Sanktion, die Verteidigungsminister Georg Leber ergreifen konnte. Die Generäle hatten sich schuldig gemacht, die Verteidigung eines ehemaligen 'Asaes' der Luftwaffe ergriffen und Herbert Wehner, der grauen Eminenz der SPD, seine kommunistische Vergangenheit vorgeworfen zu haben. Diese Strenge und diese Eilfertigkeit erklären sich in erster Linie aus der Furcht, in Deutschland wie auch im Ausland könnte erneut die giftgeladene Diskussion über die Nazizeit und die Schatten der Vergangenheit, die noch auf der Bundesrepublik lasten, wieder auftauchen. Die bereits in Europa verzeichneten Reaktionen auf die Affäre, die Eile, ja der Widersinn mancher Kommentare beweisen, daß die Verdächtigung, die Deutschland - und besonders seine Armee - weiterhin umgibt, noch lange nicht nachläßt und sich anscheinend in geheim an den Wirtschaftserfolgen der Bundesrepublik nährt.

Wenn man gefühlsmäßigen Aufwallungen widerstehen will, die in diesem Fall schwer vermeidbar sind, dann muß man zugeben, daß diese neue 'Affäre' zwei Arten von Fragen aufwirft. Die erste ist, daß es für jedes Land schwer ist, sich eine Armee ohne Traditionen vorzustellen. In Deutschland jedoch kann der Kult der 'Tradition' weder die gleiche Bedeutung noch die gleiche 'Unschuld' wie anderswo haben. Der Aufbau einer neuen Armee im Jahre 1955 hat diese Doppelainnigkeit nicht aufgehoben. Die Offiziere sind noch durch persönliche und gefühlsmäßige Bindungen mit der Zeit von 1945 verhaftet. Es ist recht schwierig, klar zu unterscheiden, was bei dem Erinnerungskult einen politisch gefährlichen Inhalt haben kann und was in den simplen Bereich der Waffenbrüderschaft gehört.

Gewiß lockern sich diese Bindungen mit der Zeit. Bereits zwei Generäle und etwa ein Zehntel der heute im Dienst stehenden Obersten sind nach 1928 geboren und haben daher nicht in der Wehrmacht gedient. Außerdem wurde Ende der 50er Jahre eine Entscheidung gefällt, derzufolge Treffen zwischen ehe-

möglichen Wehrmachtsangehörigen erlaubt, Aktivitäten, die gegen die neue Demokratie gerichtet sind, jedoch verboten sind. Die praktische Anwendung einer derartig feinen Unterecheidung ist darum nicht weniger heikel. Rudel ist, wie Leber selbst sagt, bis 1945 ein guter und verdienstvoller Soldat, wie Millionen andere auch, gewesen. Nur aufgrund seiner politischen Aktivitäten nach 1945 kann er für die Soldaten der Bundeswehr heute kein 'Beispiel' mehr sein. Wo fängt die politische Verantwortung eines Soldaten, der den Befehlen seiner Regierung gehorcht hat, an und wo hört sie auf?

Die zweite Frage betrifft die politische Bildung der deutschen Offiziere. Es wäre nicht das erste Mal, daß es eine Affäre dieser Art gibt. 1975 nahm der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hildebrandt, in Madrid an einer Militärparade anlässlich einer Siegesfeier der Frankisten teil. In diesem Jahr hat ein alter SS-General in Anwesenheit eines Bundeswehroffiziers in Uniform einem ehemaligen Adjutanten der Waffen-SS mit 30jähriger Verspätung das Eiserne Kreuz überreicht.

Der 'Mangel an Takt' oder 'das Fehlen politischen Fingerspitzengefühls', womit die Verantwortlichen diese zweifelhaften Zwischenfälle sogleich begründet haben, erklären nicht alles. Persönliche Beziehungen, Traditionen, einer von 1945 erhaltene Grundausbildung der Ältesten unter den Offizieren sowie die Sympathien eines Korps, das lange Zeit nach rechts tendierte, spielen gleichfalls eine Rolle. Nichts wäre indessen abwegiger als die Vorstellung, die gesamte Bundeswehr wäre eine Beute rechteradikaler Nostalgien, wo sie doch ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Verteidigung geworden ist. Sie ist in der Tat immer stärker und immer besser in einer Gesellschaft der Mitte integriert und akzeptiert, die alle Extremisten ausdrücklich ablehnt. Tatsache bleibt, daß sie für viele Deutsche wie für ihre Verbündeten ein Gegenstand ganz besonderer Wachsamkeit ist." (-/10.11.1976/vd/or/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller